

---

Herbert Mai

## **Gewerkschaftliche Politik im Zeichen von Globalisierung**

---

*Herbert Mai, geb. 1947 in Dalheim-Rödgen, Ausbildung für den gehobenen Verwaltungsdienst, von 1969 bis 1971 Regierungsinspektor beim Regierungspräsidenten Düsseldorf, ist seit 1971 hauptamtlicher Gewerkschaftssekretär bei der ÖTV. Seit 1982 war er Bezirksvorsitzender der ÖTV Hessen; 1995 wurde er zum Vorsitzenden der ÖTV gewählt.*

---

Die Gewerkschaften sind derzeit mit ökonomischen, politischen und sozialen Veränderungen konfrontiert, die in ihrer Dramatik in den letzten 50 Jahren nichts Vergleichbares finden, die eher schon vergleichbar sind mit den Umwälzungen zu Beginn der Industrialisierung vor über 100 Jahren.

Heute sehen wir realistischer als noch vor wenigen Jahren, wie weitgehend und komplex Weltmarktmechanismen auf die nationale Ökonomie und Politik, auf die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit in unserem Land einwirken und welche Gefahren von einem unregulierten Weltmarkt für die sozialen Verhältnisse in unserem Land aussehen.

### **Die Globalisierung und ihre Folgen**

Die Globalisierung der Produktion und des Arbeitsmarktes, die weltweite Liberalisierung der Geldmärkte, die Herausbildung der Informationsgesellschaft und die Verstärkung von Konkurrenz um Standorte und Arbeitskräfte auf den Teilmärkten dieser Welt sind Slogans dafür. Mit dieser Entwicklung einher geht ein Bedeutungsverlust des Nationalstaates als Regelungs-

instanz. Er wird zunehmend ersetzt durch regionale oder transnationale staatliche Netzwerke oder Abkommen, wie zum Beispiel die Europäische Union mit der Währungsunion ab 1999. Das heißt aber auch: Das ehemals nationale Kapital verabschiedet sich zunehmend aus seiner Verantwortung für die soziale Situation der Gesellschaften.

Dabei waren der soziale Konsens zwischen Kapital und Arbeit in Deutschland, die Herausbildung der sozialen Marktwirtschaft seit den fünfziger Jahren von grundlegend strategischer Bedeutung auch für das Wirtschaftswachstum in Deutschland. Ohne diesen sozialen Konsens hätte es das „Modell Deutschland“ nicht gegeben.

Was die Gewerkschaften in den vergangenen Jahrzehnten erfolgreich durchgesetzt habenja das Gesamtsystem tarif- und rechtspolitische Regulierung der Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit, steht auf dem Spiel

Massive Produktivitätssteigerungen, Exportwachstum und die Förderung von Gewinnen und Kapital waren in der Bundesrepublik - bis auf kurze konjunkturelle Einbrüche - gepaart mit einem Anstieg der Beschäftigtenzahlen, mit einem Anstieg der Arbeitnehmer-einkommen, mit einem Anstieg der Staatsquote und damit des sozialen Netzes und des Ausbaus des öffentlichen Sektors.

In einer Gesellschaft wie der unseren, in der vier Fünftel aller Erwerbstätigen Arbeitnehmer sind, ist die Aufkündigung des sozialen Konsenses die zentrale Herausforderung an die Gewerkschaften.

Der Anstieg und die Verfestigung der Arbeitslosigkeit auf über 4 Millionen registrierte Arbeitslose wird von einer zunehmenden Verarmung großer Bevölkerungsteile begleitet. Hauptursache von Sozialhilfebezug ist mittlerweile Arbeitslosigkeit. Aber auch der Anteil der sogenannten working-poor. der armen Arbeitenden, steigt. Nach der Armutsdefinition der EU, die als arm definiert, wenn das Haushaltseinkommen 50 Prozent unter dem Durchschnittshaushaltseinkommen der Gesellschaft liegt, sind mittlerweile ca. 8 Prozent der bundesrepublikanischen Haushalte arm. Diese Entwicklung kennzeichnet als Tendenz alle sogenannten westlichen Industrienationen.

Das deutsche Kapital hat seine internationale Konkurrenzfähigkeit im Auge, fordert Steuersenkungen, Senkung der Lohnnebenkosten, generelle Arbeitszeitverlängerungen, Einstiegsgehälter unter Tarif, Auflösung der Flächentarifverträge und greift die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und den Kündigungsschutz an. Die Bundesregierung geht ihm dabei willig zur Hand.

Gleichzeitig wird durch betriebliche Rationalisierung, wie Outsourcing, Betriebsteilungen, die Umwandlungen der Arbeitsverhältnisse von ehemaligen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in sogenannte neue Selbständigkeit und durch globale Unternehmenssteuerung, wie zum Beispiel Netzwerke und strategische Allianzen, die Mitbestimmung geschwächt. Strategi-

sche Entscheidungen fallen anderswo, nicht mehr am Standort des Betriebes oder Unternehmens.

Von der wirtschaftlichen und politischen Elite in Deutschland wird gleichzeitig versucht, ihre politisch-ideologische Interpretation und Rechtfertigung dieses Prozesses zur herrschenden Meinung zu machen. Zum Beispiel wird behauptet, die Globalisierung erlaube keine Alternativen, wenn der Standort Deutschland mithalten wolle. Der Sozialstaat sei nicht mehr finanzierbar. Die Gewerkschaften seien die Modernisierungsverhinderer. Der Wirtschaftsstandort wird zum großen Mythos, der alles überdeckt.

Die Last der Unsicherheit und der Veränderung liegt bei Einführung des Systems der freien Weltwirtschaft auf den westlichen demokratischen Industriegesellschaften, sagt Paul Kennedy, ein amerikanischer Wirtschaftswissenschaftler. Die hier geltenden Gesellschaftsverträge, das heißt die hohen Standards der kollektiven Sicherungen, seien mit dem System der weltweit offenen Marktwirtschaft nicht kompatibel. Allein in den nächsten Jahren würden 1,2 Mrd. Arbeitnehmer aus den Ländern der Dritten Welt in den Arbeitsmarkt eingeführt. Deren Einkommen beträgt heute nur 4 Prozent desjenigen in Europa und in den USA. Die Gesellschaften des ehemaligen Ostblocks befinden sich zwar auch unter immensem Veränderungsdruck, aber aus einer anderen Position heraus. Sie wollen in die Marktwirtschaft und in sozialstaatliche Regulation erst einsteigen.

Dabei haben die G7-Staaten bereits auf ihrem Gipfel 1994 zum ersten Mal in ihrer zwölfjährigen Geschichte Arbeitslosigkeit und Beschäftigungspolitik thematisiert und verabredet, daß in einer nachträglichen Korrektur des Maastricht-Vertrages beschäftigungspolitische Ziele und ein Sozialkapitel vereinbart werden sollen.

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), der 27 Industriestaaten angehören, forderte jüngst ebenso, daß soziale Schutzsysteme eingezogen und Schritte zur Behebung der Beschäftigungsprobleme eingeleitet werden müssen.

Ende August 1996 hat auch die EU-Kommission von der Sitzung der Welthandelsorganisation (WTO) im Dezember 1996 gefordert, daß weltweit Mindestnormen für die Arbeitsbeziehungen eingeführt werden sollen, zum Beispiel Koalitionsfreiheit, Recht auf kollektive Verhandlungen, Verbot von Zwangsarbeit und Sklaverei, Abschaffung von Kinderarbeit. Daß die Bundesregierung und die damalige britische Regierung sich gegen diesen Vorstoß der EU ausgesprochen haben, spricht Bände.

Selbst in den USA, wo die Freiheit des Marktes stets eine sehr große Bedeutung hatte, hat die Regierung an die soziale Verantwortung der Unternehmer erinnert. Die Verunsicherung des amerikanischen Mittelstandes, sein Wegbrechen aus dem demokratischen Konsens, ist ein neues Thema. Wirtschaftsjournalen kritisieren, daß zu viele industrielle Kapazitäten abgebaut

wurden. Sie fordern, die Wirtschaft müsse sich auch um die Verlierer der Globalisierung kümmern. Personalabbau sei keine dauerhafte Lösung. Eine Offensive in Bildung und berufliche Qualifizierung sei nötig, um die langfristigen Grundlagen des Wohlstandes zu sichern.

Damit wird deutlich, daß viele Regierungen und politisch Verantwortliche trotz Standortkonkurrenz an einem beschäftigungs- und sozialpolitischen Konsens interessiert sind. Die Bundesregierung aber macht nur leere Versprechungen zur Halbierung der Arbeitslosenzahlen bis zum Jahr 2000. Tatsächlich greift sie den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit ihren Steuer- und Rentenplänen weiter in die Taschen, während sie Großverdiener, Freiberufler, Selbständige und Unternehmer steuerlich entlastet. Und zeitgleich steigt die Arbeitslosigkeit in immer neue Höhen. Es ist Zeit, die Modernität gesellschaftlicher Regelungen wiederzuentdecken.

Markt und Wettbewerb sind nie Selbstzweck. Sie müssen politisch und sozial reguliert werden, damit sie nicht ihre eigenen Grundlagen, die Natur und das soziale Gemeinwesen zerstören. Deshalb müssen der unbegrenzte Freihandel, vor allem die volle Liberalisierung der Geldmärkte und die Logik ungehemmter Standortkonkurrenz, in Frage gestellt werden. Soziale Gemeinwesen können sich nicht der alleinigen Logik der Kapitalbewegungen und des Profits ausliefern. Das wäre Selbstaufgabe.

Die politische Fortentwicklung der EU und die Bildung der europäischen Währungsunion ist eine europäische Antwort mit dem Ziel, diesen Wirtschafts- und Lebensraum konkurrenz-, aber auch lebensfähig zu erhalten, ihn politisch umzugestalten, um ihn gerade nicht dem Selbstlauf der Ökonomie zu überlassen.

Die Idee Europa lebt aus der freiwilligen Aufgabe von Teilen der nationalstaatlichen Souveränität und ist historisch gesehen auch eine politisch gewollte Konsequenz der Staaten und Völker aus den leidvollen Erfahrungen vieler Kriege. Daß an die Stelle von Abgrenzung und Krieg, denen immer auch ökonomische Interessen mit zugrunde lagen, Zusammenwachsen, Verträge und Übereinkünfte treten, daß Demokratie und Sozialstaatlichkeit sich festigen und ausbreiten, sollte uns wichtig genug sein. Daß schließlich Deutschland europäisch eingebettet wird, ist darüber hinaus eine deutliche Absage an neuen Nationalismus und daraus drohende Konfliktpotentiale.

Die Erfolgsgeschichte der europäischen Einigung, der Zivilgesellschaft Westeuropa, hat auflösend gewirkt auf die verbliebenen Diktaturen in Europa, im Westen, zum Beispiel in den Fällen Spanien, Portugal, Griechenland, wie im Osten, bei den staatssozialistischen Modellen. Ohne diese Anziehungskraft des vereinigten Westeuropa hätten wir wohl auch keine Einigung Deutschlands erreicht.

Es wird in diesem gemeinsamen Europa eine Angleichung von Rechten und Gesetzen geben, von Innen- und Außen-, von Rechts- und Steuer-, Sozial-

und Wirtschaftspolitik sowie von Arbeitsbedingungen und Arbeitsrechten, in der mit Sicherheit unsere deutschen Standards nicht alle erhalten bleiben können. Nationaler Alleingang ist keine Alternative. Deshalb müssen und werden wir die Entwicklung zu einem gemeinsamen Europa unterstützen, zu einem Europa, das Sozialstandards neu reguliert und damit der globalen Konkurrenz einen neuen Ordnungsrahmen schafft. Die Lohn- und Sozialschraube nach unten zu drehen, kann dabei nicht Ziel sein,

Das Wohlstandsniveau der westlichen Industrienationen läßt sich wegen begrenzter ökologischer Ressourcen und aus wirtschaftlichen Gründen nicht auf die ganze Welt ausdehnen. Die Europäerinnen und Europäer werden Abstriche hinnehmen müssen, damit anderswo Menschen erstmals oder verstärkt an einem relativen Wohlstand teilhaben können. Diese Seite der Internationalisierung müssen wir auch in den Blick nehmen und anerkennen. Aber das kann nur behutsam und im breiten gesellschaftlichen Konsens wirksam werden, wenn verhindert werden soll, daß soziale Konflikte die europäische Idee schwer beschädigen.

### **Auswirkungen auf den öffentlichen Dienst**

Im öffentlichen Dienst sind wir mit den Auswirkungen der Senkung der Staatsquote (von 51 Prozent in 1996 auf 46 Prozent in 2000) und mit drastischer Haushaltskonsolidierung zur Erfüllung der Maastricht-Kriterien konfrontiert. Sie bedeuten den Einzug von mehr Markt und betriebswirtschaftlicher Logik im öffentlichen Sektor, mit entsprechenden Veränderungen in Arbeitsorganisation, Arbeitsinhalten und -abläufen und neuen Anforderungen an die Arbeitsweisen und Qualifikationen.

Große Teile des öffentlichen Dienstes sind in ihrer Arbeit vor Ort in den Gemeinden mit den sozialen Folgen steigender Arbeitslosigkeit und Armut konfrontiert. Als Sozialarbeiterinnen und -arbeiter, Erzieherinnen und Erzieher, aber auch als Stadtplaner, Beschäftigte in Wohnungsämtern, Arbeitsämtern - um nur einige zu nennen - sind sie mit neuen Fragen und Antworten nach dem Gelingen einer sozialen Integration dieser von Ausgrenzung bedrohten Bevölkerungsgruppen befaßt. Hier stellt sich die Frage nach neuen Konzepten und Lösungen - und zwar unter Bedingungen, in denen der finanzielle Handlungsspielraum der Kommunen und der Privathaushalte immer enger wird.

Als Bürgerinnen und Bürger erfahren wir die Leistungskürzungen und Einschnitte in die kommunale Infrastruktur - zum Beispiel die Schließung von Schwimmbädern, Jugendhäusern, Theatern, sozialen Einrichtungen. Als Eltern sorgen wir uns um die berufliche Zukunft unserer Kinder infolge des Lehrstellenmangels und wachsender Arbeitslosigkeit. Die gesellschaftliche Umbruchsituation umfaßt alle Lebensbereiche.

Entsprechend breit gefächert müssen auch nur die Antworten auf diese Herausforderungen sein. Unsere vielfältigen Aktivitäten zur Verwaltungs-

reform und zur zukunftsorientierten Modernisierung des Öffentlichen Dienstes seit 1988 zeigen in diese Richtung. Wir wollen und werden uns den Herausforderungen stellen. Denn wir wollen auch, daß Deutschland, daß Europa ein Lebensraum bleibt, der politisch, sozial und kulturell ausgestaltet und reformiert werden kann. Die Ökonomie ist nur eine Grundlage für die gesellschaftliche Entwicklung, aber sie allein ordnet und regelt Gesellschaften nicht. Ohne Arbeit und Arbeitende kommt die Wirtschaft nicht aus. Daraus resultiert die Macht der Gewerkschaften. Und auch die Regierungen und Parteien sind von Bürgern und Bürgerinnen abhängig. Regierungen können abgelöst werden nachdem, welche die Mehrheit gewinnt für ihre Visionen, Programme und Konzepte.

Unser breit gefächertes Gestaltungsnetz - die Koalitionsfreiheit und die Tarifautonomie, die Mitbestimmung und die mitgliedernahe Betriebspolitik - ermöglicht uns, wirksam zu intervenieren.

Unsere Verantwortung wollen wir auch im größeren Wirtschafts- und Lebensraum, der Europäischen Union, wahrnehmen. Dazu werden die Formen und die Inhalte der Kooperation mit europäischen Nachbargewerkschaften weiterentwickelt, um einen starken Europäischen Gewerkschaftsbund zu schaffen, der unseren Zielen Gehör verschafft.

In einer so großen Zeit gesellschaftlicher Umbrüche müssen wir uns fragen, welche Beiträge wir zur Lösung dieser Probleme beitragen können, aber auch, wo wir an Grenzen stoßen.

### **Umverteilung von Arbeit**

Vollbeschäftigung auf bisherigem Arbeitszeitniveau wird es nicht mehr geben können. Deshalb steht für die DGB-Gewerkschaften in den nächsten Jahren die Politik der Umverteilung von Arbeit durch weitere Arbeitszeitverkürzungen auf der Tagesordnung. Während wir in den achtziger Jahren unsere Politik der Arbeitszeitverkürzung hauptsächlich mit steigender Produktivität, Leistung<sup>^</sup> Verdichtung und mehr freier Zeit für die einzelnen begründet haben - aber auch bereits mit Arbeitsplatzargumenten - müssen heute Beschäftigungssicherung und die Schaffung neuer Arbeitsplätze in das Zentrum der politischen Argumentation gerückt werden. Dies gilt auch für den öffentlichen Dienst, der mit seiner Politik des Personalabbaus und der Stellenbesetzungssperren den Arbeitsmarkt verengt und Chancen auf einen Arbeitsplatz mindert.

Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit, wie die Arbeitgeber sie wollen, schießt nur kurzfristig auf Entlastung der Rentenkassen und der Arbeitgeberbeiträge zur Rentenversicherung. Sie ist aber gesamtgesellschaftlich kontraproduktiv. Daß der Standort Deutschland im internationalen Vergleich durch Arbeitszeitverkürzungen nicht an Attraktivität verliert, hat nicht zuletzt das Ifo-Gutachten vom Juli 1996 bewiesen. Kurze Arbeitszeiten in Deutschland werden längst durch hohe Produktivität wettgemacht. Absurd ist, daß

Bundes- und Länderregierungen sowie kommunale Arbeitgeberverbände Arbeitszeitverlängerung predigen, Arbeits- und Ausbildungsplätze abbauen, jedoch gleichzeitig über den Anstieg der Folgekosten von Arbeitslosigkeit in den Sozialhaushalten klagen. Daher kann nur durch die Solidarität und die Kampfkraft derer, die Arbeitsplätze haben, eine Politik der Beschäftigungssicherung und der Schaffung von Arbeitsplätzen durch Arbeitszeitverkürzung Erfolg haben.

Mit Wirtschaftswachstum allein ist - wie alle Zahlen belegen - dem Anstieg der Arbeitslosigkeit nicht mehr beizukommen. Was wir brauchen, ist eine öffentliche Meinung, eine gesellschaftliche Unterstützung für eine Politik der Arbeitsumverteilung. Diese gesellschaftliche Unterstützung gilt es - wie in den achtziger Jahren - herzustellen. Diese Frage wird in den Reihen der Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sowie der Beschäftigten kontrovers diskutiert, und zwar aufgrund der sinkenden Nettoeinkommen, aufgrund des Wissens, daß Arbeitszeitverkürzungen mit vollem Lohnausgleich nicht mehr zu realisieren sind, und weil bisher nicht in ausreichendem Umfang neu eingestellt, sondern Arbeit verdichtet wurde. Die Alternative aber wäre, daß sich die Arbeitnehmerschaft weiter spaltet in Globalisierungsgewinner und -Verlierer. Der Preis, den wir für diese Spaltung zahlen müßten, wäre in finanzieller und politischer Hinsicht hoch.

### **Qualifikationspolitik**

Die wirtschaftliche Entwicklung Westdeutschlands und seit einigen Jahren in Ostdeutschland wurde getragen von einem permanenten Ausbau und einer Höherentwicklung der Qualifikation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Der Standort Deutschland kann in Zukunft im internationalen Maßstab nur mithalten, wenn er weiter in Ausbildung und Qualifikation investiert.

Die heutigen Jugendlichen sind die zukünftigen Arbeitskräfte. Deshalb ist es ausgesprochen kurzsichtig, daß Wirtschaft und Öffentliche Dienste nicht ausreichend Ausbildungsplätze anbieten. Während die EU ihre Politik und Finanzströme auf gleiche Entwicklungschancen für die Regionen und ihre Arbeitskräfte im Hinblick auf die Informationsgesellschaft ausrichtet und berufliche Bildung als wesentlich für den Erfolg benennt, werden in Deutschland die Mittel der Arbeitsverwaltung für Fortbildung und Umschulung gekürzt. Hier wird Zukunft verspielt, statt gesichert.

In zehn Jahren wird die Technik von heute zu 80 Prozent veraltet und durch neue abgelöst sein. Die Ausbildung von 80 Prozent der erwachsenen Erwerbstätigen wird dann ebenso veraltet sein, hat das EU-Kommissariat von Monika Wulf-Mathies ausgerechnet. Diese Entwicklung trifft den öffentlichen Dienst noch schärfer, weil er in weiten Bereichen nicht Anschluß an den technologischen und arbeitsorganisatorischen Standard gefunden hat. Um Chancengleichheit in der beruflichen Entwicklung für Junge und Alte zu wahren, müssen deshalb der Ausbau von Ausbildungsplätzen und die tarifliche Ver-

einbarung von Rechten und Zeiten auf Qualifikation sowie deren Ziele auf die Tagesordnung gewerkschaftlicher Politik gesetzt werden. Dafür ist der inner- und außerbetriebliche Ausbau von Qualifikationsinfrastrukturen überfällig.

### **Neue Qualität von Arbeitsbeziehungen**

Die Beziehung zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bedarf aufgrund kultureller Veränderungen einer Erneuerung. Das Arbeiten in hierarchischen, autoritären und patriarchalen Strukturen widerspricht nicht nur dem kulturellen Selbstverständnis der jüngeren Generation. Beteiligungsorientierte Managementkonzepte einerseits und die Ansprüche der Beschäftigten auf Gestaltungsspielraum in der Arbeit, auf Transparenz und Partizipation, auf Anerkennung und Respekt andererseits bedürfen anderer Arbeitsverträge, anderer Betriebsorganisation und auch einer Veränderung der tradierten Mitbestimmungsrechte. Arbeitsverträge oder Dienstvereinbarungen sollten regeln, wie gleichberechtigte Partner - Vorgesetzte sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer - miteinander kommunizieren und kooperieren, um das Betriebsziel zu erreichen. Eine Beziehung sollte geregelt werden, die Rechte und Pflichten beider Seiten benennt und nicht wie bisher lediglich Dienstwege, Unterordnung und Disziplinierung vorschreibt.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer brauchen das Individualrecht auf Kommunikation, Meinungsfreiheit und Beschwerde. Sie brauchen Raum und Zeit für Diskurse, die Lernprozesse und Initiative ermöglichen. Eine Demo-kratialisierungsstrategie ist notwendig und nicht nur situativ bedingte, kurzatmige Partizipation. Unser Ziel sollte die Weiterentwicklung der sozialen Demokratie im Betrieb sein.

### **Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West**

Die Angleichung der Lebensverhältnisse und damit auch der Löhne und Gehälter in Ost- und Westdeutschland war und bleibt unser Ziel seit Gründung der ÖTV in den neuen Bundesländern. Diesem Ziel sind wir seitdem bereits nähergekommen, wenn auch nicht zu unserer vollen Zufriedenheit. In welchen Schritten und Zeitabläufen wir die Hundert-Prozent-Angleichung erreichen, können wir nicht unabhängig von der gesamtwirtschaftlichen Lage in Ost- und Westdeutschland, nicht unabhängig von der Finanzsituation der öffentlichen Hand und nicht unabhängig von den Transferleistungen diskutieren.

Daß die Bundesregierung den Transfer überwiegend von den Lohnabhängigen finanzieren läßt, ist sozial ungerecht und ökonomisch ineffizient. Das Einkommensniveau in Westdeutschland ist jedenfalls auch deshalb gesunken, Die Kolleginnen und Kollegen haben wegen niedriger Tarifabschlüsse und steigender Sozialabgaben netto weniger in der Tasche. Arbeitslosigkeit greift auch hier die Haushaltseinkommen an.



Die Kolleginnen und Kollegen in den neuen Bundesländern, die gesamte Bevölkerung dort, haben seit 1989 eine sozial-kulturelle Integrationsleistung vollbracht, die hohe Anerkennung verdient. Sie haben nicht nur die positiven Seiten der Marktwirtschaft erlebt. Sie haben, wie es der sachsen-anhaltinische Ministerpräsident Höppner ausgedrückt hat, „am eigenen Leib erlebt, welche Schwächen die Marktwirtschaft hat und daß sie alleine nicht in der Lage ist, die gegenwärtigen Probleme zu lösen“. Er hat aber auch gesagt: „Dabei helfen uns keine rückwärtsgewandten realsozialistischen Vorstellungen von einem fürsorglichen Staat, der uns alles abnimmt, zum Schluß auch die Freiheit. Wir brauchen eine öffentliche Auseinandersetzung über Zukunftsvorstellungen-„ Die Gewerkschaften werden nicht nachlassen, diese öffentliche Auseinandersetzung über die Zukunft des vereinten Deutschland zu führen.

### **Weiterentwicklung der Gleichberechtigungspolitik**

Es darf kein Zurück hinter erreichte Standards der Gleichberechtigung von Mann und Frau geben. An den Beschäftigungsgewinnen bis zum Anfang der neunziger Jahre, insbesondere an der Ausweitung des tertiären Sektors, haben Frauen in hohem Maße partizipiert. Ohne sie wären das Wirtschaftswachstum und der Ausbau von Dienstleistungen überhaupt nicht zu realisieren gewesen. Dadurch, daß Frauen in hohem Maße über ein eigenes Einkommen und damit über Ökonomische Unabhängigkeit verfügen, haben sie entscheidend auf eine Veränderung des Geschlechterverhältnisses hinwirken können. Sie haben die Familien und Paarbeziehungen verändert und neue Lebensentwürfe realisiert - in und neben der Familie. Sie verlangen zu Recht Gleichberechtigung, aber auch gleichwertige Anerkennung von Unterschieden und die Respektierung ihrer Lebensentwürfe im Privaten wie durch die Politik, sie verlangen zu Recht Teilhabe an Entscheidungsprozessen und -gremien.

Wenn die Lohnarbeit in die Krise geraten und Vollbeschäftigung für alle nicht mehr zu verwirklichen ist, kann dieses Problem nicht durch Zurückdrängen der Frauenerwerbsarbeit gelöst werden. Viele Frauen haben und wollen keinen Mann mehr als Versorger. Die Probleme unserer Gesellschaft lassen sich zukunftsgerichtet nur mit den Frauen, mit ihren Erfahrungen, ihrem Blick auf die Welt, lösen.

### **Stärkung der politischen Gestaltungskraft**

Kultureller Wandel artikuliert sich im Hinblick auf mehr Gestaltungsmöglichkeiten in Arbeit und Gesellschaft, auf mehr Beteiligung, darauf, daß Arbeit auch Spaß machen soll, darauf, daß freie Zeit an Bedeutung gewonnen hat. darauf, daß Gleichberechtigung selbstverständlich geworden ist. Das sind Voraussetzungen, die - trotz aller Veränderungen und Herausforderungen, vor denen wir stehen - optimistisch in die Zukunft blicken lassen. In diesem Wandel drückt sich die Stärke des freiheitlichen demokratischen Elementes unserer Gesellschaft aus. Individualisierung und Wertewandel bedeuten nicht

nur Verlust von Traditionen, sondern sie bewirken eine neue Qualität des gesellschaftlichen und privaten Umgangs miteinander. Sie bewirken, daß Gemeinsamkeiten, Kompromisse und Prioritäten immer wieder neu ausgehandelt werden müssen. Auch Solidarität wird zu einer Angelegenheit, die immer wieder neu verhandelt werden muß. Unsere Traditionen hatten auch die negativen Seiten von Enge, autoritärem Handeln, Kontrolle und Gefolgschaft.

Der Rückgang der Wahlbeteiligung und der Mitgliederzahlen in Großorganisationen besagt nicht, daß die Demokratie in Gefahr ist. Daneben haben die Bürgerinnen und Bürger in den vergangenen 30 Jahren vielfältige Formen der Selbstorganisation, des sozialen und politischen Engagements entwickelt. Großorganisationen, auch die Gewerkschaften, müssen sich vielmehr fragen, wie sie Strukturen, Formen und Inhalte der Arbeit verändern und sich Öffnen für veränderte Haltungen, Selbstverständlichkeiten und Erwartungen, damit sie attraktiv sind für neue Mitglieder und erfolgreich in ihrem Handeln.

Dies war für einige Gewerkschaften Anlaß, einen Prozeß der Organisationsentwicklung einzuleiten. Die ÖTV hat ihre Organisationsreform 1994 eingeleitet und setzt den Prozeß der Veränderung mit einer Leitbildentwicklung fort. Dabei geht es darum, die ÖTV für die Zukunft zu wappnen - beteiligungsorientiert zu entwickeln: Was müssen wir neu lernen, was beibehalten, was aufgeben?

Wenn wir in offenen und öffentlichen Diskussionsprozessen strategische Zielvorstellungen und Wege aushandeln und diese Fragen in einem beteiligungsorientierten Prozeß auf allen Ebenen der Organisation klären und anpacken, können wir das Potential der Mitglieder wie potentieller Mitglieder besser freisetzen.

Die hauptamtlichen politischen Sekretärinnen und Sekretäre sowie die ehrenamtlichen Funktionärinnen und Funktionäre müssen ihre strategischen und Operationellen Kompetenzen (Prozeßberatung und Moderationskompetenz) zeitgemäß professionalisieren. Beide brauchen politische Bildung in aktuellen Fragen. Ehrenamtliche Funktionäre müssen sich mehr mit ihrer Basis rückkoppeln und interessierte Nicht-Mitglieder einbeziehen. Hierzu können Veranstaltungen, Workshops, aber auch Befragungen dienlich sein.

Zur sozialverträglichen und zukunftsorientierten Bewältigung des Wandels bedarf es einer breiteren Basis in der Gesellschaft. Potentielle Bündnispartner gibt es. In diesem Kontext gewinnt auch die gewerkschaftliche Dachorganisation DGB an Bedeutung. Gegenüber Regierungen auf kommunaler, Länder- und Bundesebene und zur Entwicklung eines sozialen Europa brauchen wir den handlungsfähigen DGB, der dazu via Aufgabenteilung und Finanzausstattung von den Mitgliedsgewerkschaften das Mandat haben muß.

Das Mandat beinhaltet jedoch nicht, für Beschäftigte in europäischen Institutionen und Unternehmen Tarifverhandlungen zu führen und im klassischen Sinne Mitglieder zu betreuen.

Für die Mitgliederbetreuung bleiben die Einzelgewerkschaften verantwortlich, in deren Zuständigkeits- bzw. Betreuungsbereich die jeweiligen Beschäftigten anzusiedeln sind. Hier allerdings sind innovative Ideen und Lösungen gefragt, um die veränderten Bedingungen z. B. bei der Interessenvertretung der Beschäftigten in europäischen Einrichtungen adäquat zu berücksichtigen.

Die Gewerkschaft ÖTV und die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG) haben mit der Gründung der gemeinsamen Tochtergewerkschaft „International Public Servants Organisation“ (IPSO) einen entsprechenden Vorstoß gewagt und neues Terrain beschritten. Die Gründung dieser gemeinsamen Tochter ist die konsequente Fortsetzung des Kooperationskurses, den ÖTV und DAG seit 1994 verfolgen.

Die „Organisation der Beschäftigten bei europäischen und internationalen Einrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland“, so die deutsche Version des Namens der neuen Gewerkschaft, wird sich der Interessenvertretung der Beschäftigten z. B. der sich im Aufbau befindlichen Europäischen Zentralbank in Frankfurt annehmen. Die IPSO vertritt die wirtschaftlichen, beruflichen und kulturellen Interessen ihrer Mitglieder, dazu schließt sie Tarifverträge ab - gegebenenfalls nach Arbeitskampfmaßnahmen - und wirkt in betrieblichen Interessenvertretungen mit.

Über den Europäischen Gewerkschaftsbund ist eine stärkere Orientierung auf die gemeinsame europäische Arbeit zu verfolgen. Über die ILO ist an der Vereinheitlichung internationaler Standards zu arbeiten. Viele Regeln, die die Lebensqualität, die Arbeitsbedingungen und die Arbeitsverhältnisse betreffen, werden in zunehmendem Maß in Brüssel auf Regierungsebene, in der Europäischen Kommission oder im Europäischen Parlament entschieden. Hier hat der DGB eine herausragende Rolle zu übernehmen. Er muß Prioritäten und Ressourcen danach ausrichten. Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik sind weitere Beispiele für die Schwerpunktaufgabe.

In der Konsequenz muß sich der DGB von Alltagsarbeit und direkter Betreuungsarbeit der Gewerkschaftsmitglieder befreien. Das gilt in besonderer Weise für die Übernahme von einzelgewerkschaftlichen Aufgaben, zum Beispiel Besuch von Betriebsversammlungen, Tarifauskünfte, etc. und für den gesamten Rechtsschutz. Der Rechtsschutz ist Teil der mitgliedernahen Dienstleistungsfunktion der Gewerkschaften. Rechtsschutz und die Betreuung der Mitglieder gehören in eine Hand. Aufgrund der sich abzeichnenden Neustrukturierung der DGB-Mitgliedsgewerkschaften ist dies sicher auch umsetzbar. Dort, wo Einzelgewerkschaften dies nicht flächendeckend leisten können, müssen Kooperationsverträge und Verbundsysteme gefunden werden.

Die Konzentration des DGB auf seine Rolle als Sprecher und Organisator in gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen und bei der Zukunftsgestaltung kann dann effektiver und besser erfolgen. Nur eine klare Aufgabenabgrenzung zwischen DGB und Mitgliedsgewerkschaften wird den Gewerkschaften auch in Zukunft in Deutschland die Rolle ermöglichen, die sie nach 1949 eingenommen haben: Vertrauen und Unterstützung bei vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Glaubwürdigkeit in der Zielsetzung und im Handeln, Unterstützung breiter Bevölkerungsteile, wenn es um gesellschaftspolitische Forderungen und Auseinandersetzungen für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geht.

Wenn wir in Deutschland und in Europa eine gestaltende Kraft bleiben wollen, müssen wir die Demokratie stärken und innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften Formen entwickeln, in denen ein Dialog über die Zukunft verhandelt werden kann. Kooperative Formen, mit denen die Mitgliedschaft in die Gesellschaft hineinwirkt, stärken Attraktivität und gewerkschaftliche Kraft - nicht nur über Demonstrationen und Streiks oder Kanzlerrunden mit den Arbeitgebern. Letztere haben ihre Berechtigung und ihren Sinn im Austausch von Positionen und Lösungsmöglichkeiten.

Entscheidungen müssen durch demokratische Mehrheiten in der Gesellschaft und in den gewählten politischen Organen fallen, auch wenn uns diese Entscheidungen des Wahlvolkes oder der Regierungen nicht immer passen. Wir sind eine demokratische Kraft neben anderen. Aber wir können die politische Willensbildung beeinflussen. Damit begegnen wir auch Politikverdrossenheit und der Gefahr eines Anwachsens von politischem Extremismus. Die Demokratie ist ein Wert an sich, den es zu verteidigen gilt, gerade in Zeiten des gesellschaftlichen Umbaus. Demokratie ist keine Form von Politik, die nur für sogenannte Schönwetterperioden Legitimität verschafft, sondern auch wenn Wohlfahrtsstandards nicht gehalten werden können. Die DGB-Gewerkschaften haben Vorschläge auf den Tisch gelegt für sozialverträgliche Lösungen der wirtschaftlichen Probleme und zur Finanzierung des Sozialstaates: für ein gerechteres Steuersystem, für Wirtschafte- und Beschäftigungsprogramme, für Qualifizierung, zur Finanzierung des notwendigen Transfers in die neuen Bundesländer, für Abbau von Überstunden und Arbeitszeitverkürzungen, für eine europäische Sozialcharla, für Entlastung der Sozialversicherungen.

Wir haben etwas vorzuweisen. Und wir stehen nicht alleine mit diesen Vorschlägen. Namhafte Wirtschaftsinstitute und internationale Organisationen, auch die Kirchen, kritisieren die Politik der Bundesregierung im selben Punkt: Die drastische Sparpolitik und die hohe Arbeitslosigkeit zerstören wirtschaftliche, soziale und politische Grundlagen.

Mit einem realitätsgerechten Blick, mit unserem Geschichtsbewußtsein, mit unserer sozialen Verantwortung und mit unserem Engagement können wir in einer Europäischen Union Arbeits- und Lebensbedingungen Wirklichkeit werden lassen, die trotz aller Veränderungen lebenswert sind.